

KURZ BERICHTET

Angriffe gegen Polizei - KFN-Forschungsprojekt bestätigt GdP-Einschätzung

Über 80 Prozent aller Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte kommen überraschend und aus scheinbar harmlosen Situationen. Das ist das jetzt bekannt gewordene Zwischenresultat eines gemeinsamen Forschungsprojektes der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK) und des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN).

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg: "Die vorläufigen Ergebnisse bestätigen, dass Schutzwesten entscheidend helfen, Risiko und Ausmaß von Verletzungen zu vermindern. Der sicher beherrschte und kontrollierte Umgang mit der Dienstwaffe sowie sicheres und entschiedenes Einschreiten verringern die Wahrscheinlichkeit, selbst verletzt zu werden, senken aber zugleich auch das Tötungs- und Verletzungsrisiko auf Seiten des Angreifers. Das unterstreicht unsere Forderung nach einem verbesserten Eigensicherungstraining der Beamtinnen und Beamten, das in Ausbildung und im täglichen Dienst einen breiteren Raum erhalten muss. Es ist geradezu überlebenswichtig!"

Das KFN-Forschungsprojekt, das gemeinsam von der Innenministerkonferenz und der Gewerkschaft der Polizei getragen wird, war nach der ungewöhnlichen Häufung von tödlichen Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten im Sommer 2000 beschlossen worden. Der jetzt vorliegende Zwischenbericht basiert auf der Auswertung von rund 4.000 Fällen von Angriffen auf Polizeibeamtinnen und -beamte zwischen Januar 1985 und Juli 2000. Der abschließende Untersuchungsbericht wird für Juni 2002 erwartet.

Besonderen Wert misst die GdP den Aussagen aus der schriftlichen Befragung von Polizeibeamtinnen und -beamten zu. Freiberg: "Die Aussagen unserer Kolleginnen und Kollegen haben wertvolle Einblicke in das subjektiv empfundene Betriebsklima der Polizei gebracht, nämlich inwieweit sich die Kolleginnen und Kollegen von Vorgesetzten bis hinauf zu den Ministerien alleine gelassen oder unterstützt fühlen."

Weitere Ergebnisse des Zwischenberichts:

- Der Tod von acht Polizistinnen und Polizisten im Jahr 2000 infolge von Angriffen war bestürzend; diese hohe Zahl stellt, bezogen auf die letzten fünf Jahre, eine außerordentliche Häufung dar.
- Die von Bund und Ländern gemeldeten Daten belegen einen Anstieg der Angriffe mit Tötungsabsicht von 1985 bis 1994, während danach die Zahlen sanken, allerdings im Jahr 2000 wiederum stiegen.
- Das Risiko von Polizeibeamtinnen und -beamten, mit Tötungsabsicht angegriffen zu werden, ist erheblich höher als das eines Normalbürgers. Das Risiko für Polizistinnen und Polizisten, im Dienst durch einen Angriff getötet zu werden, ist jedoch in einem durchschnittlichen Jahr geringer als das eines Normalbürgers, Opfer eines tödlichen Angriffs zu werden.
- Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten finden weit überwiegend bei Dunkelheit, im öffentlichen Raum und in eher bürgerlichen Vierteln statt. In den meisten Fällen waren es Funkstreifenwagen-Besatzungen, die angegriffen wurden - ein Beleg für die GdP-Sicht, dass der Wach- und Wechseldienst der Polizei die größten Berufsrisiken in sich birgt.

- In fast allen Fällen waren männliche Personen die Täter, vielfach alkoholisiert und fast zur Hälfte bereits polizeibekannt, den Beamten jedoch persönlich unbekannt.
- Bei Angriffen mit Tötungsabsicht waren etwa 50 Prozent der Täter mit Schusswaffen bewaffnet, in zwei Dritteln dieser Fälle handelte es sich um illegalen Waffenbesitz.
- Die weit überwiegende Mehrheit aller Angriffe mit Tötungsabsicht und gravierenden Folgen ergab sich aus polizeilichen Alltagssituationen wie bei Identitätsfeststellungen, Ansprechen von Personen, bei Verfolgung und Verhindern einer Flucht. Besonders gefährlich ist die Vereinzelung von Polizisten, und zwar sowohl beim Einschreiten wie auch bei der Suche beziehungsweise Verfolgung.

Insgesamt, so stellte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg fest, belegt dieser erste Zwischenbericht, dass die GdP mit ihren jahrelangen Forderungen zu Verbesserungen der einschlägigen Aus- und Weiterbildung, zur Ausstattung mit geeigneten Schutzwesten und zur Einführung der neuen Polizeimunition, aber auch nach mehr psychologischer Schulung und anschließender Betreuung nach schweren Konfliktsituationen richtig liegt.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 6/2001](#))